

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

5. Juni 1968 - 45 / II
Einzelpreis DM 0.75

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (Inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

BONN: RECHTSEXTREMISTEN DER CDU SAMMELN SICH

In Bonn hat sich ein "Freundeskreis der CSU" konstituiert, dem nicht nur Mitglieder die-
ser bayerischen Partei, sondern auch Mitglieder der CDU und sogenannte Parteilose an-
gehören. Eine "Personalkartei" wurde angelegt. Zweck dieser Vereinigung: Verbreitung
von "national-konservativem" Gedankengut. Verschiedene Gruppen dieses "Freundes-
kreises" spekulieren auf eine "Hoffähigmachung der NPD", wie aus informierten Kreisen
der Bundeshauptstadt verlautet. - Zahlreiche prominente CDU- und CSU-Mitglieder rech-
nen damit, daß zwar die SPD 1969 eine Wahlniederlage erleiden wird, die eine Fortset-
zung der Koalition unmöglich machen könnte, daß die Stimmenverluste der SPD aber der
NPD und nicht der CDU zugute kommen werden. Es wird dabei vor allem auf die Land-
tagswahl in Baden-Württemberg verwiesen. Da die FDP sich in ihrem "blinden Opposi-
tionismus" bis 1969 koalitionsunfähig für eine "bürgerliche Regierung" gemacht habe,
müsse, um einer "Staatskrise" auszuweichen, die NPD in die Regierung genommen wer-
den. - Die Versuche in Stuttgart, mit der FDP doch ins Geschäft zu kommen, gehen auf
das Konto liberalerer Kreise in der CDU, die die Weichen für 1969 bereits stellen wollen.
Hinweisen der Katholischen Nachrichtenagentur zufolge sollen sich die "Freunde der CSU"
eng an das Strauß-Hausorgan "Bayernkurier" anlehnen, das in diesem Sommer unter dem
Namen "Deutscher Kurier" in der ganzen Bundesrepublik vertrieben werden und offenbar
das Zentralorgan des klerikalen Rechtsextremismus werden soll. - In diesem Zusam-
menhang ist bemerkenswert, daß die CSU noch in diesem Jahr ein neues Grundsatzpro-
gramm vorlegen will, aus dem ein Wahlprogramm für 1969 entwickelt werden soll. Das
CSU-Programm wird sich scharf vom neuen Aktionsprogramm der CDU abheben.

US-NACHRICHTENMAGAZIN: SPRINGER HILFT DEM CIA

Das amerikanische Nachrichtenmagazin "Ramparts", der politischen Richtung des de-
mokratischen Präsidentschaftskandidaten McCarthy nahestehend, berichtet von der ak-
tiven Unterstützung des "Presselords Axel Springer" für den CIA. Unter der Überschrift
"Die Amerikanisierung des Herren Springer" wird festgestellt: "Springer ist ein lebhaf-
ter Befürworter der amerikanischen Kriegspolitik in Vietnam. Es ist durchaus möglich,
daß diese Unterstützung einfach die Bezahlung einer alten Schuld ist. Als Architekt des
deutschen Wiederaufbaus schuf die amerikanische Militärregierung nach dem 2. Welt-
krieg systematisch eine wirksame antikommunistische Presse und zur gleichen Zeit eine
antikommunistische politische Umgebung. In den fünfziger Jahren waren die von den Al-
liierten lizenzierten Medien willige Instrumente in diesem Kampf. In dieser Zeit stieg
Springer zum Monopolherrscher im deutschen Pressewesen auf. " Das Nachrichtenmaga-
zin berichtet von der früheren Zusammenarbeit des heutigen Springer-Managers Hans
Wallenberg mit dem berüchtigten Kommunistenjäger Senator Joe McCarthy. Wallenberg,
ein als deutscher Emigrant eingebürgerter Amerikaner, Herausgeber der "Neuen Zei-
tung", die von der Regierung der USA finanziert wurde.
"Ramparts" berichtet auch von der Zusammenarbeit des Vorsitzenden der US-Kommis-

sion für öffentliche Angelegenheiten bei der Militärregierung, Shepard Stone, mit Springer. Wallenberg und Stone wehrten sich zwar gegen McCarthys Vorwurf, die amerikanische Lizenzpresse sei von Kommunisten unterwandert, taten aber gleichzeitig alles, unbequeme Meinungen zu unterdrücken. Stone verwaltete einen umfangreichen Fonds, "um Zeitungen zu subventionieren, die die Demokratie in Deutschland unterstützen" und verlangte beispielsweise von einem unabhängigen Verleger 300 000 Mark zurück, weil eine angeblich kommunistische Publikation in diesem Verlag erschienen war. "Ramparts": "Um es klar zu sagen: Selbst damals bedeutete Westdeutschlands Pressefreiheit nicht Freiheit für radikale Meinungen. Einige der Männer, die an den damaligen amerikanischen Bemühungen mitgewirkt haben, sind noch immer aktiv damit beschäftigt, ihren Antikommunismus und Pro-Amerikanismus zu fördern, und einige von ihnen arbeiten noch mit Springer zusammen: Stone zum Beispiel." Weiter heißt es: "Vor kurzem kehrte Stone nach Europa als Vorsitzender der neuen "Association for Cultural Freedom" zurück - Nachfolgeorganisation des "Congress for Cultural Freedom", seit langer Zeit eine CIA-Festung, die ihren Namen, aber nicht ihr Programm geändert hat und jetzt von einem Teil des 'sauberen' Geldes aus der Ford Foundation finanziert wird. Hans Wallenberg, der seine Beschäftigung bei der Regierung aufgab, als die 'Neue Zeitung' eingestellt wurde, arbeitete eine Zeitlang als Public-relations-Mann für den Springer-Konzern in New York und kehrte dann nach Deutschland zurück, wo er einen hohen Managerposten in dem sich ausdehnenden Springer-Imperium erhielt. 1962 wurde Wallenberg General-Manager und Präsident des Berliner Instituts für Massenkommunikationsmittel in Entwicklungsländern. Axel Springer war Vorsitzender dieses Instituts. Es erhielt seine größte finanzielle Unterstützung in Form von 200 000 Dollar von der Hobby-Foundation, einem CIA-Anhängsel. Axel Springer selbst beteiligte sich mit 25 000 Dollar und der Berliner Senat gab 37 500 Dollar.

Deutsche Hilfe in der Dritten Welt ist hauptsächlich dazu bestimmt, neue Märkte für die deutsche Industrie zu eröffnen; und Axel Springers Institut ist hauptsächlich dazu bestimmt, Journalisten heranzubilden, die diese Entwicklung ihren Landsleuten richtig interpretieren. Springers Pressemonopol konnte mit Hilfe der amerikanischen Politik wachsen und blühen; eine Politik, die gleichzeitig mögliche Konkurrenz einengte. Und Springer zahlt seinen Dank an die Amerikaner ab, indem er dazu beiträgt, Kommunikationsmedien in der Dritten Welt zu formen. Als die Studenten die Springer-Presse angriffen, griffen sie auch - und das wußten sie - einen der besten Freunde des offiziellen Amerika in Deutschland an und einen seiner engsten Mitarbeiter bei seinem verzweifelten Versuch, den Kalten Krieg aufrechtzuerhalten."

STAATSANWALTSCHAFT: SPONTANE DEMONSTRATIONEN OHNE GENEHMIGUNG

"Sogenannte Spontan-Versammlungen oder -aufzüge unterliegen keiner Genehmigungspflicht, da der Sinn einer derartigen Versammlung durch das zeitraubende Verfahren der Genehmigung in Frage gestellt wäre." Mit diesem Kernsatz in einem Brief des Oberstaatsanwalts Severin (Leiter der Politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft) wird eine Strafanzeige "gegen unbekannte Polizeibeamte wegen Vorwurfs der Begünstigung im Amt" zurückgewiesen. Anlaß war "eine Gegendemonstration aufgebracht der Bewohner Westberlins am 18. Februar 1968 anläßlich der am Vorabend vom Verwaltungsgericht genehmigten Vietnam-Demonstration des SDS auf dem Kurfürstendamm in Berlin-Charlottenburg" (so Severin). Diese Gegendemonstration "war spontan anberaumt worden" und konnte sogar in die Bannmeile des Schöneberger Rathauses eindringen, wo die teilweise der NPD und der Jungen Union angehörenden Demonstranten von Bürgermeister Neubauer auf der Vortreppe begrüßt worden waren (EXTRA-Dienst 15/II). Severin zitiert in seiner ablehnenden Antwort ausführlich ein Urteil des I. Senats des Bundesverwaltungsgerichts vom 31. Januar 1967 - BVerw. G. I. C 98/64 -, in dem es heißt, daß das "Grundrecht der Versammlungsfreiheit unangemessen beschränkt" sei, wenn "nur eine spontane oder eine kurzfristig anberaumte öffentliche Versammlung unter freiem Himmel den ihr zugedachten Sinn erfüllen kann und ihren Sinn bei Einhaltung der Anmeldefrist verlieren würde". Allerdings ist die Entscheidung darüber, was nun "spontan" sei und was nicht, in das Ermessen der Behörden gestellt. Ergänzend heißt es aber in diesem Urteil, das ebenso bei Spontan-Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition angewendet werden muß: "Wenn

eine nicht angemeldete öffentliche Versammlung unter freiem Himmel stattfindet, (...), so ist die Auflösungsverfügung gleichwohl nur bei ordnungsmäßiger Ermessenausübung rechtmäßig. Sie wäre also rechtswidrig, wenn sie nicht dem Zweck der gesetzlichen Ermächtigung entspräche, d. h. beispielsweise dann, wenn sie aus sachwidrigen Erwägungen, z. B. nur um eine bestimmte politische oder weltanschauliche Meinung zu behindern oder in einem Fall erginge, in dem die Auflösung objektiv klar erkennbar dem Zweck der Anmeldevorschrift zuwiderliefe... "

HUMANISTISCHE UNION: STRAFANZEIGE GEGEN DREI POLIZISTEN

Nicht gegen den Polizeioberkommissar Burck (wie in EXTRA-Dienst 43/II gemeldet), sondern gegen die Polizeibeamten Manske, Hessler und Martin hat die Humanistische Union nach der Verkündung des Freispruchs gegen Fritz Teufel Anzeige wegen Verdachts des Meineides erstattet. Wie die Humanistische Union mitteilt, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die drei Beamten unter dem Aktenzeichen 2 P Js 7/68.

BUNDESWEHR: 25 PROZENT FÜR DIE NPD

Eine vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebene, aber nicht veröffentlichte politologische Analyse stellt fest, daß sich das Sympathiegefälle zwischen CDU- und SPD-Wählern innerhalb der Bundeswehr zunehmend verflacht - zugunsten der NPD. Die CDU wurde in den Soldaten-Wählern bisher klar bevorzugt (60 Prozent über normal), die SPD klar benachteiligt (35 Prozent unter normal). Die Chancen der CDU stiegen dabei, je länger die Soldaten dienten. 1969 aber wird bereits jeder vierte Soldat NPD wählen. Bei den Offizieren wird der Anteil noch höher sein.

BUNDESWEHR: VORBEREITUNGEN ZUM ANTI-APO-EINSATZ

In jüngster Zeit häufen sich Meldungen, nach denen Bundeswehreinheiten zum Einsatz gegen Demonstranten mobilisiert worden sind. So wurden während der Ostertage die Kompanie des in Cuxhaven stationierten Panzergrenadierbataillons 71 in "verschärfte Bereitschaft" versetzt; die Begründung lautete, man müsse sich auf ein "sit-in" vor der Kaserne vorbereiten. - Am 22. Mai, während der Notstandsdemonstrationen, wurde dem Fernmeldezug der Stabskompanie der 14. Panzerbrigade in Koblenz-Horchheim eröffnet, daß die Soldaten am kommenden Wochenende keinen Ausgang aus der Gneisenaukaserne zu erwarten hätten; sie wurden in Bereitschaft wegen "zu erwartenden Studentenkrawallen" gesetzt. - Die Kaserne Schwanewede in Bremen besitzt seit dem 15. Mai eine ständige "APO-Wache", die mit einem Unteroffizier und sieben Mann besetzt ist. Die Ausrüstung umfaßt fünf Maschinenpistolen und zwei leichte Maschinengewehre. Offiziell begründet wird diese ständige Gefechtsbereitschaft mit dem Schutz des "Sicherheitsbereiches gegen 'Banden' und paramilitärische Verbände". Hintergrund scheint zu sein, daß die Bremer Kaserne seit einiger Zeit beliebtes Objekt der Bremer Schülergruppe des USB ist; es wurden mehrfach sit-ins und go-ins durchgeführt.

PERSONALIEN

LYNDON B. JOHNSON soll seinen Übertritt zur Katholischen Kirche erwägen, nachdem seine Amtsperiode zu Ende ist. Dies berichten Informationsdienste aus den USA. Er besuche derzeit wöchentlich einmal die "Heilige Messe".

GRAF BERNADOTTE, CDU-naher Adliger, wurde von einigen CDU-Leuten protestantischer Herkunft als Kandidat für das Bundespräsidentenamt ins Gespräch gebracht. Das berichten FDP-Kreise aus Bonn.

JOACHIM WILHELM, Manager des Westberliner Beat-Lokals "Blow up", in dem am Tage des Attentats auf Rudi Dutschke eine makabre "Presse-Gangster-Party" des Springer-Redakteurs Michael P. Schreiber stattgefunden hatte (EXTRA-Dienst 31/II), hat sich gegenüber EXTRA-Dienst von dieser Veranstaltung distanziert. Dies sei "gewiß nicht der richtige Zeitpunkt" für eine solche Party gewesen. Wilhelm, ein früherer Mitarbeiter des eingestellten "Montags-Echo", will auch nichts von der NPD-Vergangenheit des Verlegers Hans Görlitz gewußt haben, in dessen Gustav-Pengel-Verlag er eine Jugendzeitschrift "20 report" herausgeben soll. Der von ihm selbst verlegte "Jowi-Pressedienst" stehe in keiner Verbindung zum Pengel-Verlag.

PROTEST AUS SCHWEDEN: SPS-STUDENTEN AN SCHÜTZ

Die älteste Studentenvereinigung der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, "Laboremus", hat auf ihrer Mitgliederversammlung einen Protestbrief an Westberliner Regierenden Bürgermeister verabschiedet. In dem Brief wird Schütz vorgeworfen, zusammen mit Springers Zeitungen "zu einer Haßstimmung beigetragen" zu haben, die sich unter der Bevölkerung Westberlins ausgebreitet habe und der linke Studenten zum Opfer gefallen seien. Schütz wird aufgefordert, "eine neue Politik gegenüber den linken Studenten zu führen, eine Politik, die darauf ausgeht, ihre Motive zu verstehen und ihre Forderungen zu hören, anstatt sie zu beschimpfen und ihnen mit primitiven Gewaltmitteln zu begegnen."

KRITIK AUS HOLLAND: BRIEF AN DIE EKD UND DIE KATHOLIKEN

Die Niederländische Christliche Studentenvereinigung (NCSV) hat in einem Brief an die Evangelische und die Katholische Kirche in der Bundesrepublik auf den wachsenden Neozitismus und die "Scheinsicherheit, die Werte aus einer scheußlichen Vergangenheit absolutiert" hingewiesen. "Wir haben den Eindruck, daß viele in Ihrem Lande nicht wirklich damit beschäftigt sind, die großen Probleme, vor die die Bundesrepublik und West-Berlin gestellt sind", zu lösen. Das Suchen "der jungen Generation nach einer Lösung werde nicht ernst genommen. "Die Kirchenleitungen dürfen dazu nicht mehr schweigen", heißt es in dem Offenen Brief abschließend.

ZITAT DER WOCHE

"Man sollte nicht einfach sagen: Wir wollen mit der Regierung französisch sprechen, sondern besser wäre es, erst einmal französisch zu lernen. Gerade in dieser Frage des Sagens und Tuns sind uns die französischen Freunde und Genossen voraus. Sie sagen nicht erst seit heute: de Gaulle muß weg! Sie tun nicht erst seit heute etwas dagegen. Seht euch einmal die Betriebsarbeit in den Betrieben Frankreichs an. Da seht ihr erst, wo unsere Schwächen tatsächlich liegen. Jetzt ist es nötig, die Vertrauensleute, aber auch die Betriebsräte, in ihrer politischen Funktion zu stärken. Es muß uns gelingen, sie aus der Nähe der Unternehmer herauszunehmen, indem wir ihnen eine konstruktive Hilfe geben. Mir scheint, daß das der erste Schritt auf dem Wege dazu ist, um französisch zu lernen." (Der Arbeiter Peter Stange aus Hamburg beim IX. Arbeiterjugendkongreß in Halle, DDR, an dem 1738 westdeutsche Arbeiter, Studenten, Schüler und Bauern bis zu 25 Jahren teilnahmen, ferner 187 Westberliner und 600 FDJ-Mitglieder aus der DDR).

HINWEIS DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

FREITAG, 7. Juni, 20 Uhr, wird die Reihe der Freitagsdiskussionen mit dem Thema "Probleme der Rätedemokratie" weitergeführt werden. Professor Gottschalch wird dazu Thesen vortragen; Mitglieder des Arbeitskreises "Bürokratie und Rätensystem" sowie des Vorstandes werden an der Diskussion teilnehmen.

EXTRA ÜBER UNS

NICHT MANIPULIERT worden sei die Personalversammlung der Freien Universität am 28. Mai, schreibt uns Personalratsvorsitzender Gerhard Förster, der als "Demokrat und Republikaner" mit "den besten Grüßen zeichnet" (EXTRA-Dienst 43/II). Er habe das Recht auf Anwesenheit für Assistenten, Hilfsassistenten und studentische Hilfskräfte in der Versammlung ausdrücklich bestätigt. Die Einladungen seien an alle Bediensteten und an alle Institute gerichtet worden: "Daß einzelne Universitätseinrichtungen keine Einladungen erhielten, liegt an dem kurzen Zeitraum zwischen Anberaumung und Durchführung" der Versammlung "und daran, daß die FU über mehr als 100 einzelne Institute, Seminare und sonstige Einrichtungen verfügt", die über ganz Westberlin verstreut seien. Als ÖTV-Sprecher habe Förster angekündigt, daß die Arbeiten für die Studenten nur dann eingestellt werden sollten, wenn (und diese Prämisse hätte EXTRA-Dienst unterschlagen) ein geordneter Lehrbetrieb nach Beendigung der Notstandsdebatte und nach Beendigung der allgemeinen studentischen Diskussionen nicht gewährleistet gewesen wäre.

EINE REDE VON KLAUS SCHÜTZ / RANDBEMERKUNGEN von WALTER BARTHEL (II)

Nachdem der neue SPD-Vorsitzende von Westberlin, Klaus Schütz, in seiner Parteitagrede bestätigt hatte, was die Außerparlamentarische Opposition schon seit einem Jahr zur öffentlichen Diskussion stellt, nämlich die Überalterung und industrielle Austrocknung der Stadt, baute er sich einen Popanz auf, den er spielend mit einem einzigen Rechtsausleger umhauen konnte:

"Die radikalen Forderungen sind so einfältig und wenig durchdacht, daß eine politische Führung - selbst wenn sie es wollte - damit nichts anfangen kann. So wird für die innere Struktur des Berliner Wirtschaftslebens vorgeschlagen, sie völlig vom marktwirtschaftlichen System des westlichen Deutschlands zu lösen und die Produktionsstätten in die Hand der Arbeiter, Angestellten, Lehrlinge, Schüler und Studenten zu legen. Der Absatz der Waren solle vor allem durch Lieferungen in die DDR und andere osteuropäische Länder sichergestellt werden. Das ist keine Idee, das ist nicht einmal Utopie, das ist blanker Unsinn. Genau diejenigen, die sich nicht genug tun können, Berlin als nicht lebensfähig hinzustellen und darzustellen, tun plötzlich so, als reiche eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen und damit die Abkehr vom Wirtschafts-, Rechts- und Finanzsystem der Bundesrepublik aus, um die damit doch angeblich bestehenden Strukturschwierigkeiten der Berliner Wirtschaft aus der Welt zu schaffen. Berlin kann aber nach wie vor nur existieren durch enge Verflechtungen mit dem Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland. Und Berlin kann seine Waren zur Hauptsache nur dort verkaufen, wo es einen wirklichen Markt dafür gibt. Alles andere ist Augenwischerei, die in ihrer Naivität kaum noch überboten werden kann."

Wir wollen nicht sagen, daß das blanker Unsinn ist, was Klaus Schütz hier von sich gibt; es ist vielmehr die Übertragung von "Wir sprechen zur Zone"-Methoden auf die Westberliner Innenpolitik. Selbst wenn sich die von Schütz angeführten "radikalen Forderungen" hier und da in Schülerzeitungen nachweisen lassen sollten, so widerlegt das nicht eine subtilere Denkarbeit der Westberliner Linken zur Existenzkrise ihrer Stadt.

Wir wollen auch gar nicht erst darauf eingehen, daß diejenigen unter uns, die mit einer revolutionären Phrase auf der Lippe über Nacht die Westberliner Industrie "vergesellschaften" möchten, keineswegs mit den Befürwortern einer stärkeren West-Ost-Kooperation der Westberliner Industrie identisch sind. Um was sich Klaus Schütz mit Ausdauer herumdrückt, ist die seit anderthalb Jahren von uns gestellte Frage: Warum verteilt der Staat Jahr für Jahr nach dem Gießkannen-Prinzip mehrere Milliarden Mark Subventionen und fördert so einen parasitären Spekulations-Kapitalismus, mit dem er kein einziges Existenzproblem der Stadt löst - anstatt wenigstens einen Teil dieser riesigen Summe für den Aufbau einer modernen Wachstumsindustrie in staatlichem Besitz zu verwenden und somit attraktive Arbeitsplätze für junge Leute, strukturelle Voraussetzungen für eine Kooperation mit der östlichen Industrie und nicht zuletzt das Modell für die Entwicklung einer Arbeitnehmer-Demokratie in diesen Staatsbetrieben zu schaffen?

Auf diese Frage bitten wir Klaus Schütz um eine baldige präzise Antwort, und auch seine Partei hätte eine seriöse Diskussion dieses existentiellen Problems bitter nötig. Immerhin schnitt Schulsenator Carl-Heinz Evers das Thema auf dem SPD-Parteitag bereits an. Wenn Klaus Schütz von der Außerparlamentarischen Opposition ernst genommen werden will, sollte er zunächst selbst auf alle Einfalt verzichten:

1. Die Überwindung des Kapitalismus in Westberlin ist, wie anderswo auch, trotz sozialdemokratischer Gesundheitsbeterei ein unvermeidlicher historischer Prozeß. Aber vielleicht wäre gerade hier in Westberlin die Chance gegeben, diesen Übergang durch den Aufbau einer gemischtwirtschaftlichen Sozialbasis so schmerzlos wie möglich zu gestalten.
2. Niemand, der ernst genommen werden will, predigt eine Unterbrechung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Verflechtungen mit Westdeutschland. Aber wo steht denn im Bonner Grundgesetz geschrieben, daß der Staat nur Privatkapitalisten subventionieren darf und nicht auch den Aufbau einer öffentlichen Industrie? Und wo steht derartiges im Godesberger Programm der SPD?
3. Es bedarf nicht demagogischer Milchmädchenrechnungen um nachzuweisen, daß der Ostmarkt den Westmarkt für die Westberliner Industrie nicht ersetzen kann. Wer hat denn so etwas je behauptet? (Nicht einmal die DDR tut das) Aber: Erst zwanzig Jahre lang Kalten Wirtschaftskrieg gegen den Osten führen und dann feststellen, daß kaum mehr et-

was an Verbindungen übriggeblieben ist, ist kein Argument gegen eine sich ausweitende Wirtschafts-Kooperation (nicht nur Handel!) mit der DDR und Osteuropa. Wenn Westberlin nicht länger austrocknen, wenn es die nächsten 20 Jahre lebensfähig bleiben soll, wird es sich auf diesen Weg begeben müssen. Bei Strafe seines Untergangs.

Sollte Klaus Schütz diese nächsten zwanzig Jahre der Westberliner Entwicklung besser "durchdacht" haben, darf er daraus nicht länger ein Senatsgeheimnis machen, sondern er muß sein konkretes Programm dann schon auf den Tisch der Stadt legen. Sofern er wirklich eins hat.

In der nächsten Ausgabe: Hat Klaus Schütz ein Programm für Westberlin?

DER BERLINER POLIZEI - HEIL! HEIL! HEIL! / VON MARTIN BUCHHOLZ

Ein Jahr danach: der 2. Juni 1968. An der Deutschen Oper, wenige Schritte von jenem Garagenhof in der Krumme Straße entfernt, wo der Student Benno Ohnesorg von dem Polizisten Kurras erschossen wurde, ertönt ein Ruf wie Donnerhall: "Der Berliner Polizei - Heil! Heil! Heil!" Mindestens sechsmal kam dieser Ruf aus deutschen Turnerkehlen - und die Westberliner Bürger, die vom Straßenrand her das Defilee der Zehntausenden von Sport-Aktiven beobachteten, jubelten dazu. Immer wieder forderten sie "Macht doch Musike", wenn die Marschkapellen weisungsgemäß an der Oper mit ihrem munteren Tschingderassa für wenige Augenblicke aufhörten. Die Turner ersetzten Trommelschlag und Hörnerklang für diese Zeit durch Darbietungen aus voller Kehle und frischer Brust: Mit Fahrtenliedern im Lagerfeuer-Stil, aber auch mit der Ankündigung, "gegen Engeland" zu fahren. Der Regierende Bürgermeister nannte dies eine "wunderschöne Demonstration", die ihm klar machte, "wo die jungen Menschen stehen und wie sie zu dieser Stadt stehen". Als auch ein paar andere junge Menschen an der Krumme Straße erschienen, die Schilder trugen wie "Frisch, frei, fröhlich, tot - nächste Notstandsübung droht", brauchte die Polizei nicht einzugreifen: "Andersdenkende" - Zuschauer und Turner - machten von ihrem in den Notstandsgesetzen garantierten "Widerstandsrecht" gegen (Notstands-) Verfassungsfeinde Gebrauch, verprügelten die Demonstranten und zerrissen ihre Transparente.

Ein Jahr danach: der 2. Juni 1968. An der Deutschen Oper, die ihre ausverkaufte Vorstellung vorsichtshalber um eine Stunde auf 21 Uhr verschoben hat, versammeln sich gegen 18 Uhr etwa 2000 Demonstranten, einige von ihnen mit trauerbeflorten roten Fahnen. Die der Oper gegenüberliegenden Rohbauten sind von Polizisten besetzt, ein älterer Bauarbeiter, der schon bei den Prüglern der Vietnam-Demonstration vom 18. Februar aufgefallen war, ist unter ihnen - seltsamerweise mit einem Sprechfunkgerät. In der Krumme Straße parken vollbesetzte Mannschaftswagen der Polizei. Wasserwerfer sind nicht zu sehen. Sie wären auch unnötig: Punkt 18 Uhr beginnt ein Platzregen, der die Versammlung aufweicht. Anders als vor einem Jahr öffnen Polizisten die Hamburger Sperrgitter vor der Oper, damit die Demonstranten unter dem Vordach Schutz suchen können. Hausbewohner in der Krumme Straße hingegen hatten ihre Hauseingänge von innen verbarrikiert: Diesmal sollten sich keine Demonstranten bei eventueller Flucht vor Polizeiknüppeln oder Dienstpistolen in die Häuser flüchten können. Einige junge Familien unter den Anwohnern, die im vergangenen Jahr Demonstranten in ihren Wohnungen Zuflucht gewährt hatten, wurden diesmal mit Drohbriefen verwahrt. Nach der Kundgebung zogen etwa hundert Demonstranten zum Kranzlereck und blockierten die Straße. Diesmal reagierte die Polizei wieder nach altem Rezept, vergessen die Strategie der vorangegangenen Notstandstage: "Als sich die kleine Menge aufzulösen begann, kam der Polizeibefehl zur Räumung. Die Stimmung änderte sich schlagartig, als Polizeiketten aufzogen. Erregt wurde die Menge, als Polizisten mit Motorrädern in die Menge fuhren..." So der "Abend". Die "BZ" berichtet lediglich von einem Polizisten, dem "ätzende Säure" von Demonstranten ins Gesicht gegossen worden ist. Im Polizeibericht ist von einem "unbekannten Täter" die Rede. Ein Augenzeuge dagegen sagte uns, daß ein etwa 15jähriger Junge aus einer Spielzeugpistole gespritzt habe. Offensichtlich war sie mit Seifenwasser gefüllt. Wie die Polizeipressestelle bestätigt, konnte der "verletzte Polizist" nach Hause geschickt werden, nachdem ihm im Krankenhaus die Augen ausgewaschen worden waren.

WESTBERLINER FDP: VERTRAGSENTWURF ZWISCHEN BRD UND DDR

Der Westberliner Landesparteitag der FDP Mitte Mai beschloß eine "vertragliche Übergangsregelung" zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. EXTRA-Dienst dokumentiert diesen Vertragsentwurf; außerdem Vorbemerkung und Anmerkungen zu diesem Entwurf, deren Verfasser der ehemalige "Spiegel"-Redakteur Hans-Dieter Jaene ist. In einer weiteren Dokumentation stellt EXTRA-Dienst einen FDP-Entwurf für einen Vertrag über Gewaltverzicht vor. Die Verfasser dieses Entwurfs sind in der FDP-Bundestagsfraktion zu suchen; eine offizielle Billigung hat der Entwurf durch die Fraktion noch nicht gefunden. Die Große-Koalitions-Regierung hat bisher keinerlei Vorstellungen veröffentlicht, obwohl sowohl CDU/CSU als auch die SPD den "Gewaltverzicht" angeblich zu einem "Kernpunkt" ihrer "neuen Ostpolitik" gemacht haben.

VORBEMERKUNG

"Am 18. September 1967 übersandte Ministerpräsident Stoph an Bundeskanzler Kiesinger den 'Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland', der die Vorstellungen Ost-Berlins zur Regelung des Nebeneinanders der deutschen Teile zusammenfaßt.

Die Regierung der 'großen Koalition' hat es seither nicht zuwege gebracht, die Vorstellungen West-Deutschlands ebenso exakt als Gegenposition zu formulieren und zur Diskussion zu stellen. Stattdessen ist von 'menschlichen Erleichterungen' die Rede, die allein zur Diskussion ständen, ohne daß irgendwo exakt formuliert wäre, was man darunter zu verstehen hat.

Da die Regierung auch hier versagt, ist es Aufgabe der parlamentarischen Opposition, Klarheit zu schaffen. Der beiliegende Vertragsentwurf will dazu helfen. Da die Forderungen Ost-Berlins nach völkerrechtlicher Anerkennung und die Forderungen Bonns nach menschlichen Erleichterungen bisher dazu führten, aneinander vorbeizureden, soll jetzt ein Kompromiß versucht werden. Ost-Berlin bekommt einen Gewaltverzicht und eine Anerkennung - freilich immer nur für die Übergangszeit bis zur Wiedervereinigung und ohne daß dadurch in der deutschen Frage irgendetwas präjudiziert würde. Bonn bekommt freien - oder doch halbwegs freien - Reiseverkehr und die Befreiung der politischen Gefangenen. Beides ist ein Paket. Natürlich wird dieser Vertrag nicht sofort von Bonn und Ost-Berlin unterzeichnet werden. Aber wäre er als Diskussionsgrundlage erst einmal veröffentlicht, müßte Ost-Berlin Farbe bekennen. Billige Ausreden gäbe es dann nicht mehr.

PRÄAMBEL: Angesichts der Tatsache, daß es zur Zeit unmöglich ist, einen einheitlichen deutschen Staat zu konstituieren, dessen internationale Stellung und dessen Grenzen durch zwischenstaatliche Verträge garantiert sind und dessen innere Ordnung vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist, sind die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten, im Bewußtsein ihrer Verantwortung für den Zusammenhalt der deutschen Nation, für die europäische Sicherheit und den Frieden der Welt übereingekommen, ihre Beziehungen für die Übergangszeit bis zur friedlichen Lösung der nationalen Frage neu zu ordnen und zu diesem Zwecke zu vereinbaren:

ARTIKEL 1: (1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ernennt einen Ständigen Beauftragten bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ernennt einen Ständigen Beauftragten bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Ständigen Beauftragten sind für alle Fragen zuständig, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, das Nebeneinander der beiden vertragsschließenden Seiten zu regeln.

ARTIKEL 2: (1) Beide Seiten unterlassen jede Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander.

(2) Insbesondere verpflichten sie sich, die Vereinigung Deutschlands niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen ihnen anhängigen Fragen mit friedlichen Mitteln zu lösen. (bitte weiter auf Seite 9)

Entwurf eines Vertrages über Gewaltverzicht

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

In der Erkenntnis,

daß die beiden selbständigen und gleichberechtigten Staaten deutscher Nation, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik, eine besonders hohe Verantwortung für den Frieden in Europa tragen,

In dem Bestreben,

alle strittigen Fragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen und jede Möglichkeit auszuschließen, daß Deutschland jemals wieder zum Ausgangspunkt eines Krieges wird,

entschlossen,

über ein geregeltes Nebeneinander zu einem friedlichen Miteinander beider deutschen Staaten zu gelangen und so einen Beitrag für den Frieden in Europa und in der Welt zu leisten,

In dem Wunsch,

alle europäischen Staaten zu einem kollektiven europäischen Gewaltverzichtsabkommen zu bewegen, das den Anfang zur Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems bilden soll,

sind die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL 1

Die hohen vertragschließenden Seiten verpflichten sich zum grundsätzlichen Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen. Sie handeln insbesondere nach dem Grundsatz, daß der Wille zum Frieden die Lösung der nationalen Frage bestimmen muß. Das schließt alle Versuche aus, die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten anders als mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Die Lösung der nationalen Frage muß in Übereinstimmung mit den Sicherheitsinteressen der übrigen europäischen Staaten erfolgen

ARTIKEL 2

Die hohen vertragschließenden Seiten verpflichten sich zur Anerkennung ihrer bestehenden Grenzen, zum Verzicht auf die gewaltsame Einmischung in innere Angelegenheiten sowie zum Verzicht auf Zugang und Verfügung über Kernwaffen.

ARTIKEL 3

Die hohen vertragschließenden Seiten schaffen gemeinsam einen „Deutschen Friedensrat“ aus Beauftragten ihrer Regierungen, der mindestens halbjährlich abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR zusammentritt. Auf Verlangen einer der hohen vertragschließenden Seiten muß er zusammentreten. Der paritätisch besetzte „Deutsche Friedensrat“ hat die Aufgabe, alle strittigen Fragen in Übereinstimmung mit den Zielen dieses Vertrages und des Völkerrechts auf dem Verhandlungswege zu lösen. Insbesondere befaßt er sich mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein kollektives europäisches Gewaltverzichtsabkommen.

ARTIKEL 4

Die hohen vertragschließenden Seiten versichern ihre Entschlossenheit, keine gewaltsamen oder sonstigen einseitigen Schritte zur Veränderung des Status von Berlin und der Zufahrtswege von und nach Berlin zu unternehmen oder zu billigen.

ARTIKEL 5

Dieser Vertrag wird gemäß Art. 102 der Charta der Vereinten Nationen beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt.

(3) Sie werden internationalen Abmachungen beitreten, die der Friedenssicherung dienen.

ARTIKEL 3: (1) Um einen Schlußstrich unter die vergangenen Jahre zu ziehen, schafft jede Seite die juristischen und tatsächlichen Voraussetzungen, um die Straftat bei allen Personen abzubrechen, die wegen Taten verurteilt sind, die mit der Teilung Deutschlands zusammenhängen und nur auf dem Gebiet einer Seite strafbar sind.

(2) Den aus der Haft Entlassenen ist freizustellen, wohin sie entlassen werden wollen. In Ausnahmefällen können sie gegen ihren Willen der anderen Seite überstellt werden.

(3) Die getroffenen Regelungen sind amtlich öffentlich bekanntzugeben und gelten als Bestandteil dieses Vertrages.

ARTIKEL 4: (1) Auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und mit dem Ziel der Herbeiführung eines geregelten friedlichen Nebeneinanders werden die erforderlichen technischen Vereinbarungen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, des Post- und Fernmeldewesens, des Verkehrs und auf weiteren Gebieten zwischen den zuständigen Behörden beider Seiten abgeschlossen.

(2) Insbesondere sind Vereinbarungen zu treffen über die Feststellung der Parität der deutschen Währungen, über den innerdeutschen Zahlungsverkehr, über wirtschaftliche Kooperation im Ausland, über den Kulturaustausch und den Austausch von Druckerzeugnissen, über den Sportverkehr und den Austausch wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse.

(3) Jede Seite schafft die juristischen und tatsächlichen Voraussetzungen dafür, daß Bewohner ihres Gebietes Besuchsreisen in das Gebiet der anderen Seite mindestens zu den gleichen Bedingungen unternehmen können, die für Reisen in das ihr benachbarte Ausland gelten. Entsprechendes gilt für die Formalitäten bei der Einreise von Bewohnern eines Gebiets in das Gebiet der anderen Seite. Die dafür geltenden Regeln sind amtlich öffentlich bekanntzumachen und gelten als Bestandteil dieses Vertrages.

ARTIKEL 5: Sofern ausländische Staaten, die bisher nur mit einer Seite diplomatische Beziehungen unterhalten, solche Beziehungen auch mit der anderen Seite aufnehmen wollen, so wird diejenige Seite, die bereits diplomatische Beziehungen hat, im Einvernehmen mit der anderen Seite darauf hinwirken, daß der bei ihr akkreditierte diplomatische Vertreter in Personalunion auch bei der anderen Seite akkreditiert wird.

ARTIKEL 6: (1) Beide Seiten gehen davon aus, daß die Vereinigten Staaten von Amerika, das Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie die Französische Republik in Berlin (West) die Oberste Gewalt innehaben.

(2) Beide Seiten respektierend die reale Lage, wie sie sich nach dem Krieg entwickelt hat und erkennen daher an, daß Berlin (West) das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland insoweit übernommen hat, als es mit den in Absatz 1 festgestellten Umständen zu vereinbaren ist.

(3) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anerkennt das Interesse auch der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an einem reibungslosen Verkehr zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland, indem sie mit dem Senat von Berlin (West) dauernde Vereinbarungen über beschleunigte technische Abwicklung und Erleichterungen im Verkehr von Berlin (West) nach außen über ihr Gebiet trifft.

(4) Beide Seiten gewähren Einwohnern von Berlin (West) die gleichen Vorteile, die dieser Vertrag allen anderen Deutschen verschafft.

ARTIKEL 7: (1) Dieser Vertrag wird bei den Regierungen aller Staaten hinterlegt, die bei seinem Inkrafttreten Truppen in Deutschland unterhalten. Er wird auch beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen registriert.

(2) Der Vertrag tritt in Kraft, nachdem die in Artikel 3 und Artikel 4, Absatz 3, vorgesehenen Regelungen getroffen worden sind und die Bevölkerung auf dem Gebiet beider Seiten jeweils mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen dem Vertrag zugestimmt haben.

(3) Beide Seiten schaffen unverzüglich die Voraussetzungen für diese Volksabstimmung.

ANMERKUNGEN ZUM VERTRAGSENTWURF

Zur Präambel: Es ist offen gelassen, woran es liegt, daß ein gesamtdeutscher Staat nicht zu konstituieren ist. Daß die Grenzen erst in einer gesamtdeutschen Friedensregelung

festgelegt werden, wird festgestellt. Auf die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartnern wird ausdrücklich abgehoben. Der Vertrag soll nur für die Übergangszeit 'bis zur friedlichen Lösung der nationalen Frage' gelten. Die Formulierung stammt aus Art. 6 des Stoph-Entwurfs.

Zu Art. 1, Absatz 1: Es werden nicht Diplomaten, die bei den Staatsoberhäuptern akkreditiert sind, ausgetauscht, sondern Ständige Beauftragte der Regierung bei der anderen Regierung, da die Vertragspartner einander nicht als Ausland empfinden, wie neuerdings ja von beiden Seiten ausdrücklich festgestellt wurde. Absatz 2 präzisiert den rein technischen Aufgabenbereich der Ständigen Beauftragten.

Art. 2, Abs. 1, lehnt sich an Art. 2, Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen an. Abs. 2 entspricht der förmlichen Deklaration der Bundesrepublik vom 22. Oktober 1954, die Bestandteil der Pariser Verträge ist. Der Gewaltverzicht, der dort in Bezug auf die DDR gegenüber den USA, England und Frankreich ausgesprochen wurde, wird hier gegenüber der DDR direkt wiederholt. Abs. 3 hat den Non-Proliferations-Vertrag im Auge.

Art. 3 soll in einer Form, die den Beteiligten freigestellt ist (Amnestie, Begnadigung, Strafaussetzung usw.) zur Entlassung aller politischen Gefangenen in Deutschland führen, auch der nach dem KPD-Verbot in West-Deutschland Verurteilten. Diese Aktion ist untrennbarer Bestandteil der Gesamtregelung.

Art. 4, Abs. 1 entspricht fast wörtlich dem Art. 4 des Stoph-Entwurfs. Abs. 2 entstammt der These 92 des FDP-Aktionsprogramms. Von der Einrichtung gesamtdeutscher Kommissionen wird jedoch bewußt abgesehen. Nach meiner Überzeugung kommt dabei außer Propagandareden nichts heraus. Ich bin für Sachverhandlungen von Fall zu Fall und für die Ständigen Beauftragten. Abs. 3 begründet den halbwegs freien gesamtdeutschen Reiseverkehr als Teil des Gesamtpakets. Die Formulierung geht von der Feststellung Ost-Berlins aus, daß man das Verhältnis der deutschen Staaten untereinander doch nicht schlechter gestalten könne als das mit ausländischen. Meines Wissens ist der Visumzwang zwischen der DDR, der CSSR und Polen aufgehoben. Praktisch hieße das, daß jeder Bundesbürger gegen Vorzeigen des Personalausweises an der Grenze in die DDR einreisen könnte und jeder DDR-Bewohner grundsätzlich nach Abmeldung in seinem Polizeirevier ausreisen dürfte. Der Vertrag regelt nur den Besuchsreiseverkehr. Die Regeln politischer Asylgewährung werden aber nicht berührt.

Art. 5 versucht einen Kompromiß: wenn es schon im Ausland über kurz oder lang zwei deutsche diplomatische Vertretungen in Konkurrenz zueinander gibt (wobei uns bei diesem Konkurrenzkampf auch und gerade im sozialistischen Lager nicht bange zu sein braucht), dann sollen ausländische Staaten in Deutschland möglichst nur einen Repräsentanten in Bonn und Ost-Berlin gleichzeitig haben.

Art. 6 ist die Berlin-Klausel, deren Formulierungen den Standpunkten beider Seiten gerecht zu werden versuchen. Der erste Halbsatz des Absatzes 2 wiederholt wörtlich den auf der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien proklamierten Grundsatz, diesmal auf West-Berlin angewandt. Abs. 4 bezieht die Westberliner in die Amnestie und den gesamtdeutschen freien Reiseverkehr ein.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: